

Lausitzer-Kohle-Rundbrief

BRUNICOWY ROZGLĚD

16. Dezember
2014

1. Bedrohte Dörfer laden zum achten Sternmarsch gegen neue Braunkohlentagebaue ein
2. Umweltausschuss: Berlin soll gegen Welzow II intervenieren
3. Aus der Sitzung des Braunkohlenausschusses
4. Vattenfall übernimmt Kosten für Sulfatbelastung nach Gutdünken
5. Kerkwitzer Ehrenamtler in Potsdam geehrt

1. Bedrohte Dörfer laden zum achten Sternmarsch gegen neue Tagebaue ein

Die Ortsbürgermeister und die Agenda 21 der vom Braunkohlentagebau Jänschwalde-Nord bedrohten Dörfer laden zum traditionellen Sternmarsch am **4. Januar** nach Grabko, Kerkwitz und Atterwasch ein.

"Der Einstieg in den Ausstieg aus der Kohleverstromung ist nötig und muss gerade auch in der Lausitz stattfinden. Dafür werden wir mit dem Sternmarsch zum achten Mal in Folge ein Zeichen setzen und laden alle Unterstützer herzlich ein." erklärt Organisatorin Silvia Borkenhagen aus Grabko.

Borkenhagen weiter: „Die Diskussion um die Braunkohleverstromung hat durch die Verkaufspläne des Konzerns Vattenfall und die Klimaschutzbeschlüsse der Bundesregierung neuen Zündstoff erhalten. Ein stures 'Weiter so', wie es große Teile der brandenburgischen Politik vertreten, werden die Menschen in der betroffenen Region nicht länger akzeptieren.“

Treffpunkte zum Sternmarsch sind um **13:00 Uhr in Grabko, 13:15 Uhr in Atterwasch und 13:30 Uhr in Kerkwitz. In Kerkwitz besteht Bahnanschluss.** Die Demonstrationzüge treffen sich gegen 14:00 Uhr am „Alten Schafstall“, einer Wiese zwischen den drei Orten. Als Gastredner werden Lausitzer Kommunalpolitiker und Gäste aus anderen Bundesländern erwartet, für das leibliche Wohl der Teilnehmer ist gesorgt.

Der Sternmarsch findet seit 2008 immer am ersten Sonntag im Jahr statt. Veranstalter ist der Arbeitskreis Öffentlichkeitsarbeit der Agenda21 der Gemeinde Schenkendöbern. (Foto: Sternmarsch im Januar 2014)



2. Umweltausschuss: Berlin soll gegen Welzow II intervenieren

Der Umweltausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses hat sich dafür ausgesprochen, dass Berlin die Gemeinsame Landesplanungskonferenz einberuft, um den Tagebau Welzow-Süd II zu hinterfragen. Der Antrag wurde einstimmig über alle Parteigrenzen hinweg beschlossen und wird nun im Januar im Plenum des Abgeordnetenhauses behandelt. (Drucksache 17-2020) Berlin und Brandenburg betreiben seit 1995 eine gemeinsame Landesplanung, zu der auch die Braunkohlenplanung gehört.

| Postanschrift | Internet | Telefon | Spendenkonto |
|----------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------|---------------------|-------------------------------------------------------------------|
| Umweltgruppe Cottbus e.V. Straße der Jugend 94 D-03046 Cottbus | www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de | +49 (0151) 14420487 | GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00 |

3. Aus der Sitzung des Braunkohlenausschusses

Am 10. Dezember konstituierte sich in Cottbus der brandenburgische Braunkohlenausschuss, da er mehrheitlich aus Vertretern der im Mai neu gewählten Kreistage besteht. Mit Holger Bartsch (SPD) wurde erneut ein Vertreter des kohlefreundlichen Flügels zum Vorsitzenden des Ausschusses gewählt. Die Wahl war allerdings so knapp wie noch nie in der Geschichte des Ausschusses. Eine Stimme Mehrheit im zweiten Wahlgang entschied über das Ergebnis, während zwei Mitglieder nicht anwesend waren.

Der Kreistagsabgeordnete Andreas Stahlberg aus der Gemeinde Schenkendöbern wurde zum Vertreter des Braunkohlenausschusses in der Regionalversammlung Lausitz-Spreewald gewählt. Auf Vorschlag des Umweltverbandsvertreters Winfried Böhmer beschloss der Ausschuss mehrheitlich (und gegen den Vorschlag der Geschäftsstelle), im kommenden Jahr eine zusätzliche Sitzung ausschließlich über den gestörten Wasserhaushalt des Kohlereviere durchzuführen.

Die für Raumordnung zuständige Ministerin Schneider ließ in ihrer Rede kein Konzept zum Umgang mit dem begonnenen Planverfahren Tagebau Jänschwalde-Nord erkennen. Zur Frage eines Kraftwerksbaus als „Planrechtfertigung“ sagte der zuständige Mitarbeiter der Landesplanungsabteilung: „Wir erwarten für Anfang 2016 ein Ergebnis.“ Damit wurde diese Entscheidung erstmals für nach 2015 angekündigt und steht der ständigen Verschiebung von Eröffnungsterminen des Großflughafens kaum noch nach. "Die Landesregierung hat keine Begründung für Jänschwalde-Nord. Das Planverfahren muss sofort eingestellt werden, statt weiter auf Kosten der Menschen in der Lausitz zu pokern.“ forderte René Schuster von der GRÜNEN LIGA.

Nach den Auswirkungen des Klimaschutzpaketes der Bundesregierung auf die Lausitz befragt, sagte Ministerin Schneider lediglich, man schaue „mit großem Interesse auf das Paket“. Trotz des in Stockholm vereinbarten engen Informationsaustausches mit Vattenfall gab es auch keine Angaben zu den in der Presse (Lausitzer Rundschau vom 4. November) befürchteten zusätzlichen Entlassungen. Das zeigt, dass die Landesregierung zu wesentlichen Fragen der Entwicklung der Lausitzer Braunkohlenwirtschaft keine Antworten hat oder sie vor den Bürgern verheimlicht.

4. Vattenfall übernimmt Kosten für Sulfatbelastung nach Gutdünken

In der Sitzung des Braunkohlenausschusses in Cottbus wurde auch deutlich, dass kaum Maßnahmen gegen die Sulfatbelastung der Gewässer aus den Brandenburger Braunkohletagebauen stattfinden. Vattenfall-Vertreter Gert Klocek argumentierte, der Energiekonzern betreibe seine Tagebaue auf Basis von Genehmigungen, die keine Grenzwerte für Sulfat vorgeben. Vattenfall wolle sich aber an Maßnahmen im Rahmen eines Sulfatmanagements der drei Länder Brandenburg, Sachsen und Berlin beteiligen. Er ließ den Ausschuss jedoch im Unklaren, wie diese freiwillige Beteiligung ausgestaltet ist.

Etwa 80 % der Sulfatfracht der Spree stammt aus den aktiven Lausitzer Tagebauen, die Wasser mit mehr als 500 Milligramm Sulfat pro Liter in die Spree einleiten. Berlin und Frankfurt/Oder gewinnen Trinkwasser aus dem Uferfiltrat der Spree, für das ein Grenzwert von 250 mg/l gilt.

„Es ist ein Unding, dass Vattenfall als Verschmutzer keine Verantwortung übernehmen muss, weil die Landesregierung keine Grenzen für den Sulfateintrag in die Spree setzt, aber die Wasserwerke dafür in der Pflicht genommen werden“, kritisierte Jörg Gleisenstein, der die Stadt Frankfurt (Oder) im Braunkohlenausschuss vertritt, am Rande der Sitzung. „Vor dem Hintergrund des geplanten Verkaufs von Vattenfall kann man sich nicht mehr auf die freiwillige Unterstützung der Maßnahmen zur Senkung der Sulfatbelastung am Wasserwerk Briesen verlassen, da niemand zusichern kann, ob ein potentieller Käufer diese Aufgaben ebenfalls übernimmt. Hierfür muss vor einem Verkauf von Vattenfall Sicherheit geschaffen werden“. (Quelle: Pressemitteilung Bündnis 90/Grüne)

5. Kerkwitzer Ehrenamtler in Potsdam geehrt

Als zum Brandenburger Ehrenamtsempfang 100 Ehrenamtler aus dem ganzen Land durch den Ministerpräsidenten geehrt wurden, war unter ihnen nach Berichten der Lausitzer Rundschau auch Steffen Krautz aus Kerkwitz. Er wurde für sein Engagement im Kleintierzuchtverein geehrt. Der neu eröffnete Dorfladen im renovierten Vereinshaus und der jährliche Kerkwitzer Reitertag zeigen, wie lebendig und lebenswert Kerkwitz ist. Nicht erwähnt wurde, dass Steffen Krautz sich natürlich auch gegen die Abaggerung seines Dorfes engagiert und beispielsweise seit Jahren die Kundgebung beim Sternmarsch moderiert.

| Postanschrift | Internet | Telefon | Spendenkonto |
|----------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------|---------------------|-------------------------------------------------------------------|
| Umweltgruppe Cottbus e.V. Straße der Jugend 94 D-03046 Cottbus | www.kein-tagebau.de E-Mail umweltgruppe@kein-tagebau.de | +49 (0151) 14420487 | GLS Bank BIC: GENODEM1GLS IBAN: DE17 4306 0967 1145 3769 00 |